

Niederschrift
über die Sitzung des Nachbarschaftsausschusses Landkreis Mainz-Bingen - Stadt Mainz
am 27.04.2010, 17.00 Uhr, im Rathaus Mainz, Erfurter Zimmer

Teilnehmer:

Herr Oberbürgermeister Jens Beutel - Vorsitzender
Herr Landrat Claus Schick - stellvertr. Vorsitzender

Mitglieder Landkreis Mainz-Bingen:

Frau Dorothea Schäfer, MdL
Frau Ute Granold, MdB
Herr Michael Hartmann, MdB
Herr Bürgermeister Ralph Spiegler
Herr Michael Stüber
Herr Beigeordneter Erwin Malkmus
Herr Walter Strutz, MdL

Mitglieder Stadt Mainz:

Herr Herbert Schäfer
Frau Ursula Stenner
Herr Gerhard Walter-Bornmann
Herr Dr. Lars Kützing, MdL
Frau Sylvie Köbler-Gross
Herr Walter Koppius

Verwaltung Landkreis Mainz-Bingen:

Herr Beigeordneter Adam J. Schmitt
Frau Beigeordnete Irene Alt
Herr Beigeordneter Burkhard Müller
Herr Manfred Heinisch
Frau Ute Breivogel
Herr Peter Patschicke
Frau Angela Schneider-Braun
Frau Barbara Krause
Frau Cordelia Leyendecker
Herr Thomas Zöllner

Verwaltung Stadt Mainz:

Herr Beigeordneter Franz Ringhoffer
Herr Beigeordneter Wolfgang Reichel
Frau Beigeordnete Marianne Grosse
Herr Markus Biagioni
Frau Ulrike Andres
Herr Klaus-Dieter Wagner
Frau Ina Blume
Herr Dr. Stephan Kerbeck
Frau Stefanie Reisch
Herr Hans Schiller

Tagesordnung:

1. Gewerbeansiedlungen an den Gemarkungsgrenzen
2. Standorte für Windenergieanlagen
3. Fluglärm
4. Zusammenarbeit beim Regionalpark
5. Zusammenarbeit in der Abfallwirtschaft (Müllentsorgung)
6. Zusammenarbeit beim Schulentwicklungsplan
7. Interkommunale Kooperation beim Breitbandausbau
8. Verschiedenes

Herr Oberbürgermeister Beutel begrüßt die Teilnehmer und eröffnet die Sitzung. Er bittet die Mitglieder der Landkreis-CDU, die von ihnen eingebrachten Tagesordnungspunkte zu erläutern.

TOP 1: Gewerbeansiedlungen an den Gemarkungsgrenzen

Frau Schäfer erläutert, dass mit den Themenvorschlägen gleichzeitig die Anregung verbunden sei, die Kooperation zwischen Stadt und Landkreis auch über den Nachbarschaftsausschuss grundsätzlich zu intensivieren. Dazu gehörten z.B. die frühzeitigen Informationen über Planungen und Vorhaben und deren Abstimmung. Aktuell seien hier die beabsichtigten Gewerbeansiedlungen im Wirtschaftspark Mainz-Süd angesprochen sowie die Planungen für zusätzliche Windkraftanlagen in Stadt und Landkreis.

Herr Oberbürgermeister Beutel erwidert, dass die nachbargemeindliche Beteiligung in Planungsfragen gesetzlich geregelt sei. Entsprechend seien alle Planungen der Stadt, wie z.B. das Gewerbegebiet Wirtschaftspark Mainz-Süd, mit der Verbandsgemeinde Nieder-Olm abgestimmt, was auch in Zukunft so sein wird. Im gegenseitigen Einvernehmen könne man auch über diese Standards hinausgehen.

Frau Granold sieht bei den beabsichtigten oder diskutierten Ansiedlungsvorhaben im Wirtschaftspark Mainz-Süd Informationsdefizite der Gemeinde Klein-Winternheim. Sie hält eine Alternativenprüfung bei bestimmten Vorhaben und die frühzeitige Beteiligung der benachbarten Ortsgemeinden für unerlässlich.

Herr Ringhoffer erwidert, dass die Fa. Mogat, ein traditionsreiches mittelständisches Unternehmen, in Mainz gehalten werden sollte. Es habe de facto noch nie Beschwerden über dessen Produktionstätigkeit gegeben. Der Wirtschaftspark Mainz-Süd sei ein ausgewiesenes Gewerbegebiet mit rechtskräftigem Bebauungsplan zu dem bei der damaligen Abstimmung mit den Nachbargemeinden keine Bedenken geltend gemacht wurden.

Herr Reichel ergänzt, dass die Anlage nach dem BImSchG zu genehmigen ist, wenn in dem entsprechenden Verfahren geprüft ist, dass keine Schutzgüter beeinträchtigt werden.

Herr Walter-Bornmann bekräftigt, dass ihm (als Ortsvorsteher bzw. stellv. Ortsvorsteher) noch nie Beschwerden über die Mogat-Werke zugetragen worden seien.

Frau Stenner appelliert an eine sachbezogene Beurteilung wichtiger Gewerbeansiedlungen.

Frau Granold betont, dass die zukünftige Entwicklung der Gemeinde Klein-Winternheim auch von der Art und der Gestaltung der Anlagen im Wirtschaftspark Mainz-Süd abhängen wird.

TOP 2: Standorte für Windenergieanlagen

Auf die Anregung von Frau Schäfer, auch in Sachen Windenergiestandorte eine frühzeitige Abstimmung zu suchen, antwortet Herr Oberbürgermeister Beutel, es sei aktuell noch zu früh, in diese Abstimmung einzutreten, da noch keine Ergebnisse der derzeitigen Standortsuche und Standortuntersuchungen vorliegen würden.

Herr Landrat Schick beschreibt den Bestand an Windkraftanlagen und weist auf die Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans hin, über den auch die Standorte für Windkraftanlagen abgestimmt festgelegt werden können und sollen.

Frau Grosse erläutert den vorgesehenen Ablauf der Potentialflächensuche für Windkraftanlagen in Mainz. Sie sei Grundlage für eine folgende Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans. Über einen differenzierten Kriterienkatalog würden die Eignungsflächen ermittelt. Ein wesentlicher Baustein sei ein ornithologisches Gutachten zum Hauptdurchzugsgebiet.

Frau Granold beklagt Informationsdefizite bezüglich der vorangegangenen und derzeitigen Planung der Windkraftanlagen und regt eine bessere und frühzeitige Abstimmung der Potentialflächen an. Sie schlägt vor, gemeinsame Konzentrationszonen zu suchen und diese frühzeitig mit den Ortsgemeinden abzustimmen.

Herr Beigeordneter Malkmus regt an, nach Untersuchung und Standortfestlegung zur einvernehmlichen Steuerung der Standorte für Windenergie einen Kooperationsvertrag zwischen den Beteiligten zu schließen.

Für Herrn Spiegler ist das primäre Ziel die Versorgungssicherheit. Er schlägt eine ergebnisoffene Diskussion mit der Institutionalisierung einer Gesprächsrunde vor.

Herr Oberbürgermeister Beutel schließt die Diskussion mit dem Hinweis, dass das Untersuchungs- und Planungsstadium in einer zu frühen Phase sei, um konkrete Informationen hervorzubringen. Nach Abschluss der Untersuchungen würde das Gespräch mit den Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden gesucht und der angeregte Kooperationsvertrag thematisiert.

TOP 3: Fluglärm

Herr Oberbürgermeister Beutel eröffnet die Aussprache mit Hinweisen zum aktuellen Sachstand, zu den unterschiedlichen Betroffenheiten in der Region und zu der neu entfachten Routendiskussion.

Herr Beigeordneter Reichel berichtet über den gerichtlichen Verfahrensstand, die neuerliche Routendiskussion, bei deren Umsetzung Rheinland-Pfalz künftig mehr belastet wird, sowie die in der Fluglärmkommission besprochenen Möglichkeiten neuer Anflugverfahren und Landewinkel. Die Landesregierung wolle über eine Bundesratsinitiative eine Änderung des Fluglärmgesetzes erreichen. Er appelliert an die Bürger, ihr Reise- und Einkaufsverhalten zu ändern und hält weitere Lärmwirkungsforschungen für notwendig. Er verweist auf einen entsprechenden Stadtratsantrag.

Herr Landrat Schick bemerkt, eine zusätzliche Belastung der Bevölkerung in Mainz und den Landkreisgemeinden sei nicht hinnehmbar.

Herr Hartmann dankt Herrn Reichel für sein Engagement. Er plädiert dafür, sich aufgrund der Flugroutendiskussion nicht gegeneinander ausspielen zu lassen und in Anbetracht der fast ausgeschöpften juristischen Mittel verstärkt politischen Einfluss zu nehmen, um damit zumindest das Nachtflugverbot zu erstreiten.

Frau Granold kritisiert die Wachstumsszenarien für den Flugverkehr in Deutschland und dessen Konzentration im Flughafenkonzept auf Frankfurt. Sie empfiehlt, die Interessen in die beabsichtigte Modifizierung des Luftverkehrsgesetzes, insbesondere des § 29 b einzubringen. Sie setzt sich dafür ein, dass eine gesetzliche Änderung, die dem Nachtflugbetrieb Vorrang vor den Gesundheitsinteressen gibt, nicht zustande kommt. Es sollten die rheinland-pfälzischen Interessen in Bezug auf die Flugrouten gegen Hessen formuliert werden. Beim Kampf gegen den Flughafenausbau und für das Nachtflugverbot sollte mit einem medizinischen Gutachten die Gesundheit in den Vordergrund gestellt werden.

Herr Spiegler sieht das Mediationsergebnis zum Nachtflugverbot als wesentlich an.

Herr Oberbürgermeister Beutel beschließt mit der Bemerkung, dass es ein verankertes Grundrecht auf Gesundheit, aber nicht auf Luftverkehrswachstum als nationales Interesse gäbe.

TOP 4: Zusammenarbeit beim Regionalpark

Frau Schäfer fragt nach dem aktuellen Sachstand und den nächsten Aktivitäten.

Herr Beigeordneter Reichel erläutert, dass die Mainzer Haushaltslage keine Fortschritte zulässt. Möglich seien nur punktuelle Maßnahmen über Ersatzgeldzahlungen oder privates Engagement, wie z.B. am Erich-Koch-Höhenweg und auf der Laubenheimer Höhe. Probleme bereiten die Neuregelung der Spendengeldoffenlegung, was zu problematischer Spenderzurückhaltung führe sowie die Folgekostenproblematik.

Herr Oberbürgermeister Beutel schließt nach kurzer Diskussion mit dem Hinweis auf eine ausschließlich mögliche schrittweise Entwicklung.

TOP 5: Zusammenarbeit in der Abfallwirtschaft (Müllentsorgung)

Herr Beigeordneter Reichel und Herr Landrat Schick berichten über den Sachstand zu der Durchführung der Müllentsorgung durch den Entsorgungsbetrieb Mainz und betonen die vorbildliche Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Die tragenden Gremienbeschlüsse würden voraussichtlich bis zur Sommerpause gefasst. Für die Mitarbeiter des jetzigen Müllentsorgers würden soziale Härten durch Übernahmen vermieden werden.

Herr Spiegler bittet um Beachtung der Gremientermine, damit die Kündigungsfristen für bestehende Verträge mit dem jetzigen Entsorger eingehalten werden könnten.

TOP 6: Zusammenarbeit beim Schulentwicklungsplan

Frau Schäfer sieht eine prinzipiell gute Zusammenarbeit, die weiter gepflegt werden sollte. Es sei keine Institutionalisierung nötig. Schulstandorte dürften aber keine gefährdet werden. Die wechselnden Schülerströme sollten so gut wie möglich gesteuert werden.

Herr Beigeordneter Schmitt berichtet von hohen Anmeldezahlen in den Grundschulen. In den weiterführenden Schulen erfolge 2010 erstmals ein Austausch der Kapazitäten. Eine weitere Ver-

besserung der gemeinsamen Planung würde aktiv verfolgt, etwa im Bereich der Berufsbildenden Schulen.

Herr Oberbürgermeister Beutel weist darauf hin, dass sich nach den Anmelderekorden der letzten Jahre die Situation entspanne. Die ersten Auswirkungen der demographischen Strukturverschiebungen seien bemerkbar.

Herr Wagner bestätigt, dass im aktuellen Schuljahr erstmals der Elternwille mit den vorhandenen Kapazitäten übereinstimme, und keine großräumigen Verschiebungen der Schülerströme nötig würden. Allerdings habe der Schulentwicklungsplaner Krämer-Mandau bis 2016 steigende Grundschülerzahlen für Mainz prognostiziert. Als Zukunftsaufgabe seien die Einbindung gehandicapter Kinder in Normalschulen und die Intensivierung der Zusammenarbeit von Wirtschaft, Kammern und Berufsbildenden Schulen anzusehen.

Herr Spiegler schlägt vor, die Effizienz des Schulangebotes auch durch Standortoptimierungen zu steigern.

Für Herrn Schmitt ist die alle Schulbereiche umfassende integrierte Planung ein anzustrebendes Ziel.

Herr Oberbürgermeister Beutel schließt mit der Bemerkung, dass die aktuell entspannte Schulsituation einem permanenten Wandel unterliege.

TOP 7: Interkommunale Kooperation beim Breitbandausbau

Herr Ringhoffer erläutert den Vorschlag der Stadt Mainz, zusammen mit den Nachbargemeinden die Verbesserung der Breitbandversorgung im Stadtteil Ebersheim und den angrenzenden Gemeinden über einen gemeinsamen Antrag auf Landesförderung zu verbessern. Frau Schneider-Braun befürwortet einen gemeinsamen Förderantrag, möchte aber vorher eine Bedarfsanalyse erstellen lassen.

Herr Beigeordneter Malkmus sieht für Nieder-Olm keine Versorgungslücke. Er hält eine qualitätsverbessernde Kooperation mit Nutzung der Fördermöglichkeiten gleichwohl für sinnvoll.

Herr Oberbürgermeister Beutel bedankt sich für die Diskussionsbeiträge und schließt die Sitzung um 19.15 Uhr.

Stadt Mainz,

Mai 2010

für die Richtigkeit:

Beutel
Oberbürgermeister

Schiller
Schriftführer